

Zur Ablehnung des Stimmrechts für Ausländerinnen und Ausländer

## Der Grosse Rat hat Angst vor der Demokratie

***Mit knapper Mehrheit hat es der Grosse Rat am vergangenen Dienstag abgelehnt, den Gemeinden die Einführung des Stimmrechts für Ausländerinnen und Ausländer zu erlauben. Die Rechtsparteien SVP und F“d“P haben einmal mehr deutlich gemacht, dass sie Angst vor der Demokratie haben. Die PdA Bern wird diesen Beschluss nicht hinnehmen.***

Aufgrund der befürwortenden Stellungnahme des Regierungsrates konnte gehofft werden, dass der Kanton Bern endlich seinen welschen Nachbarkantonen folgen und das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen wenigstens auf der Gemeindeebene einführen würde. Es ist in der Tat stossend, dass Menschen, die seit vielen Jahren unter uns leben, zwar alle finanziellen Lasten mittragen müssen, aber keine Mitbestimmungsrechte haben. Die Abstimmung im Grossen Rat hat gezeigt, dass die F“d“P ihre liberale und demokratische Herkunft vergessen und inzwischen schlicht Angst vor der Demokratie hat. Die SVP ihrerseits hat offenbar die begründete Befürchtung, bei einer Ausweitung der Wahlberechtigung für ihre ausländerfeindliche und unsoziale Politik bestraft zu werden.

Für die PdA Bern geht es beim Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen um eine Grundsatzfrage der Demokratie. Ein Land ist nicht demokratisch, wenn bis zu 20 Prozent seiner erwachsenen Einwohnerinnen und Einwohner vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen sind. Sie wird daher den Entscheid des Grossen Rates nicht akzeptieren. Sie wird vielmehr – gemeinsam mit andern demokratischen Parteien, Gewerkschaften und Ausländerorganisationen - ihre zurückgestellten Pläne für eine kantonale Volksinitiative zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer wieder aufnehmen.

Bern, .25. Januar 2007